

## Verordnung

Inkrafttreten:

01.01.2013

vom 18. Dezember 2012

## über den Kindes- und Erwachsenenschutz (KESV)

---

### *Der Staatsrat des Kantons Freiburg*

gestützt auf das Gesetz vom 15. Juni 2012 über den Kindes- und Erwachsenenschutz (KESG);

auf Antrag der Sicherheits- und Justizdirektion,

*beschliesst:*

#### **Art. 1**      Recht auf Meldung (Art. 1 Abs. 3 KESG)

<sup>1</sup> Jede Person kann der Schutzbehörde Meldung erstatten, wenn eine Person hilfsbedürftig erscheint.

<sup>2</sup> Gesundheitsfachpersonen können Fälle von Personen, die hilfsbedürftig erscheinen, der Schutzbehörde melden, ohne dass sie sich dafür vom Berufsgeheimnis befreien lassen müssen.

#### **Art. 2**      Meldepflicht (Art. 1 Abs. 3 KESG)

Gemäss Artikel 443 Abs. 2 des Zivilgesetzbuchs (ZGB) sind Personen, die in amtlicher Tätigkeit von einer Person erfahren, die hilfsbedürftig erscheint, dazu verpflichtet, der Schutzbehörde darüber Meldung zu erstatten.

#### **Art. 3**      Nachgewiesene Kompetenzen der Beisitzerinnen und Beisitzer (Art. 2 Abs. 2 KESG)

<sup>1</sup> Die Kompetenzen der Beisitzerinnen und Beisitzer müssen durch ein anerkanntes Diplom, durch vertiefte Berufserfahrung oder besondere Kenntnisse im betreffenden Fachbereich nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Die Beisitzerinnen und Beisitzer müssen sich ausserdem über genügende praktische Kenntnisse zur Ausübung ihres Auftrags ausweisen können.

**Art. 4** Weiterbildung der Mitglieder der Schutzbehörde  
(Art. 2 Abs. 3 KESG)

<sup>1</sup> Der Staat organisiert für die Mitglieder der Schutzbehörden Weiterbildungen oder gewährt ihnen die Möglichkeit, von anderen Einheiten organisierte Weiterbildungen zu besuchen.

<sup>2</sup> Die Mitglieder der Schutzbehörde sind dafür verantwortlich, dass sie ihre beruflichen Kompetenzen regelmässig auf dem aktuellen Stand halten und weiterentwickeln, sofern dies für die Ausübung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

<sup>3</sup> Die Sicherheits- und Justizdirektion nimmt Stellung zur Wahl einer Weiterbildung, die von der Präsidentin oder vom Präsidenten der Schutzbehörde vorgeschlagen wird. Die Präsidentin oder der Präsident der Schutzbehörde nimmt Stellung zur Auswahl, die von einer Beisitzerin oder einem Beisitzer oder einer Gerichtsschreiberin oder einem Gerichtsschreiber vorgeschlagen wird.

<sup>4</sup> Im Übrigen gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Weiterbildungen der Staatsangestellten.

**Art. 5** Verfahrenskosten (Art. 6 Abs. 2 KESG)

Die von der Schutzbehörde erhobenen Gebühren werden im Justizreglement geregelt.

**Art. 6** Eignung der privaten Beiständigen und Beistände  
(Art. 9 Abs. 1 Bst. a und 10 KESG)

Die Schutzbehörde ermutigt die privaten Beiständigen und Beistände, die zur Ausübung ihres Auftrags erforderlichen Kenntnisse zu erwerben.

**Art. 7** Anerkannte soziale Institutionen (Art. 9 Abs. 1 Bst. d KESG)

Der Staatsrat führt durch die Sicherheits- und Justizdirektion eine Liste der Institutionen, die regelmässig auf dem neuesten Stand gehalten und den Schutzbehörden mitgeteilt wird.

**Art. 8** Entschädigung der Beiständin oder des Beistandes  
(Art. 11 Abs. 3 KESG)  
a) Spesen

<sup>1</sup> Als Spesen gelten die tatsächlichen Ausgaben, die zur Erfüllung der Beistandschaft notwendig sind, wie Porto-, Telefon- und unerlässliche Reisespesen. Entschädigungen für Reise- und Verpflegungskosten werden sinngemäss nach dem im Reglement über das Staatspersonal vorgesehenen Tarif ausgerichtet.

<sup>2</sup> Die Beiständin oder der Beistand legt der Schutzbehörde zusammen mit dem Jahresbericht eine detaillierte Aufstellung der Spesen vor. Liegen die Spesen unter 100 Franken pro Jahr, so genügt eine kurze Begründung.

**Art. 9** b) Angemessene Entschädigung

<sup>1</sup> Die Entschädigung, auf welche die Beiständin oder der Beistand Anrecht hat, wird von der Schutzbehörde jedes Jahr zeitgleich mit dem Einreichen des Jahresberichts und der Jahresrechnung für die abgelaufene Rechnungsperiode festgesetzt.

<sup>2</sup> Die Entschädigung beträgt:

	<b>Fr.</b>
a) für einen neuen Auftrag (Eröffnung des Dossiers, erstes Gespräch, Korrespondenz, Inventaraufnahme)	100.– bis 250.–
b) für die laufende Verwaltung (Administration, Buchhaltung, Jahresbilanz, Steuererklärung, Jahresbericht, Betreuung)	800.– bis 1200.–
c) für Personen mit bescheidenem Einkommen, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ohne Vermögen oder mit einem Vermögen unter 10 000 Franken (Die Entschädigung für die laufende Verwaltung wird gemäss der Einschätzung der Schutzbehörde festgesetzt.):	
– Vermögen bis 3500 Franken	bis 300.–
– Vermögen von 3501 bis 6500 Franken	bis 500.–
– Vermögen von 6501 bis 10 000 Franken	bis 700.–
d) für die Vermögensverwaltung, bei einem Vermögen	
– von 5000 bis 200 000 Franken	100.– bis 600.–
– von 200 001 bis 1 000 000 Franken	600.– bis 1200.–
– von über 1 000 000 Franken	1200.– bis 15 000.–
e) nach dem Entscheid zur Aufhebung des Auftrags (Abschluss der Rechnung, Korrespondenz)	100.– bis 250.–

<sup>3</sup> Bearbeitet die Beiständin oder der Beistand mehrere Beistandsfälle, so kann die Schutzbehörde die Ausrichtung in monatlichen Akontozahlungen vereinbaren.

<sup>4</sup> Die Entschädigung für Aufträge, deren Dauer weniger als ein Jahr beträgt, wird anteilmässig festgesetzt.

<sup>5</sup> Bei Paaren wird bei der Berechnung der Entschädigung für die zweite Person ein reduzierter Betrag von 50 % festgesetzt.

**Art. 10** c) Entschädigungen für besondere Handlungen

Die Beiständin oder der Beistand hat Anrecht auf eine Entschädigung für bestimmte besondere Handlungen. Diese beträgt:

	<b>Fr.</b>
a) für eine Schuldensanierung	100.– bis 700.–
b) für die Eröffnung eines Privatkonkurses	100.– bis 500.–
c) für ein Gesuch um Rente(n) oder Zulage(n) oder deren Neufestsetzung	20.– bis 300.–
d) für das Erstellen einer komplexen Steuererklärung	100.– bis 500.–
e) für den Eintritt in eine Einrichtung	100.– bis 300.–
f) für die Verwaltung eines Auftrags ohne Buchhaltung	200.– bis 500.–
g) für einen Todesfall (Organisation, Inventar)	100.– bis 300.–
h) für den Verkauf von (beweglichen oder unbeweglichen) Gütern	Stundentarif von 40.– bis 100.– bis zu 2% des Bruttoverkaufspreises
i) für die Auflösung einer Erbschaft	Stundentarif von 40.– bis 100.– bis zu 3% des Bruttovermögens
j) für weitere Handlungen	100.– bis 500.–

**Art. 11** Anforderungen an die Beiständigen und Beistände bei einer öffentlichen Berufsbeistandschaft (Art. 12 Abs. 3 KESG)

<sup>1</sup> Die Beiständigen und Beistände bei einer öffentlichen Berufsbeistandschaft müssen Kompetenzen in den Bereichen Erwachsenen- oder Kinderschutz nachweisen können, namentlich im juristischen Bereich, in den Bereichen Sozialarbeit, Psychologie/Pädagogik, Gesundheit oder in der Buchhaltung oder Vermögensverwaltung.

<sup>2</sup> Diese Kompetenzen werden durch ein anerkanntes Diplom, durch vertiefte Berufserfahrung oder besondere Kenntnisse im betreffenden Fachbereich nachgewiesen.

<sup>3</sup> Die Beiständigen und Beistände bei einer öffentlichen Berufsbeistandschaft müssen sich ausserdem über genügende praktische Kenntnisse zur Ausübung der vorgesehenen Funktion ausweisen können.

**Art. 12** Inventar (Art. 13 und 15 KESG)

Im Inventar werden das Vermögen und die Schulden der geschützten Person am Tag der Übernahme des Auftrags aufgeführt.

**Art. 13** Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft

Die Anlage und Aufbewahrung von Vermögenswerten, die im Rahmen einer Beistandschaft oder einer Vormundschaft verwaltet werden, werden in der Verordnung des Bundes über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft geregelt.

**Art. 14** Rechnung (Art. 14 und 15 KESG)

<sup>1</sup> Im Rechnungsbericht werden alle Einnahmen und Ausgaben genau aufgeführt, die während der Rechnungsperiode getätigt worden sind; die Belege müssen beigelegt werden.

<sup>2</sup> Wurde ein Geschäft aufgrund eines Entscheids der Schutzbehörde ausgeführt, so muss das Datum des Entscheids angegeben werden.

<sup>3</sup> Der Rechnungsbericht enthält ausserdem den aktuellen Vermögensstand der betroffenen Person; die Richtigkeit des Berichts wird durch Unterschrift der Beiständin oder des Beistandes bescheinigt.

**Art. 15** Periodische Berichte (Art. 14 und 15 KESG)

Zusätzlich zum Rechnungsbericht oder getrennt davon, wenn der Auftrag keine finanziellen Fragen betrifft, liefert die Beiständin oder der Beistand der Schutzbehörde einen schriftlichen Bericht über ihre oder seine Tätigkeit ab. Der Bericht umfasst eine Einschätzung des abgelaufenen Berichtsjahrs und setzt die Ziele für die folgende Periode fest; er weist insbesondere alle wichtigen Sachverhalte, welche die geschützte Person betreffen, aus.

**Art. 16** Formulare für die fürsorgerische Unterbringung (Art. 18 KESG)

<sup>1</sup> Beschliesst eine Ärztin oder ein Arzt eine fürsorgerische Unterbringung, so benutzt sie oder er das dazu vorgesehene amtliche Formular.

<sup>2</sup> Das Formular entspricht den Anforderungen nach Artikel 430 Abs. 2 ZGB und erwähnt die Möglichkeit, gemäss Artikel 439 ZGB das Gericht anzurufen.

**Art. 17** Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener

Die Massnahme nach Artikel 427 ZGB kann von der ärztlichen Leitung angeordnet werden oder, im Falle der Delegation durch die ärztliche Leitung, von einem verantwortlichen Arzt, der die notwendigen Fachkenntnisse zur Anordnung der Massnahme besitzt.

**Art. 18** Nachbetreuung und ambulante Massnahmen (Art. 26 KESG)

<sup>1</sup> Die ambulante Behandlung stützt sich auf eine medizinische Beurteilung und kann darin bestehen, dass eine bestimmte Lebensweise oder die Einnahme bestimmter Medikamente verordnet wird, mit der Verpflichtung, regelmässig bei einer bestimmten Gesundheitsbehörde vorzusprechen oder eine Therapie zu befolgen.

<sup>2</sup> Die Gesetzgebung über die Suchtbekämpfung bleibt vorbehalten.

**Art. 19** Geeignete Einrichtungen (Art. 28 KESG)

<sup>1</sup> Geeignet sind Gesundheitseinrichtungen und soziotherapeutische Einrichtungen oder ausnahmsweise Strafanstalten, die die Anwesenheit von Pflegepersonal mit Ausbildung in den Bereichen der Psychiatrie und der Psychologie gewährleisten können und die eine enge Zusammenarbeit mit einer externen psychiatrischen Klinik sicherstellen.

<sup>2</sup> Die Einrichtung muss einen Hausarzt beiziehen, der im Bereich der Psychiatrie spezialisiert oder ausgebildet ist.

<sup>3</sup> Das Bewilligungsverfahren wird in der Spezialgesetzgebung geregelt.

**Art. 20** Übergangsbestimmung über die öffentliche Berufsbeistandschaft (Art. 12 KESG)

<sup>1</sup> Die Gemeinden müssen ihre öffentliche Berufsbeistandschaft bis am 31. Dezember 2013 einrichten.

<sup>2</sup> In Sonderfällen und auf begründetes Gesuch hin kann die Frist von der Sicherheits- und Justizdirektion bis spätestens am 31. Dezember 2014 verlängert werden.

**Art. 21** Aufhebung bisherigen Rechts

Der Beschluss vom 14. Juni 2000 über die unentgeltliche Rechtspflege bei der fürsorgerischen Freiheitsentziehung (SGF 212.5.52) wird aufgehoben.

**Art. 22** Änderungen bisherigen Rechts  
a) Freiburgisches Bürgerrecht

Das Reglement vom 19. Mai 2009 über das freiburgische Bürgerrecht (SGF114.1.11) wird wie folgt geändert:

*Art. 1 Abs. 1 Bst. f (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «unmündige» durch «minderjährige» ersetzen.*

**Art. 23** b) Einwohnerregisterdaten

Die Verordnung vom 14. Juni 2010 über die Informatikplattform für die Einwohnerregisterdaten (SGF114.21.12) wird wie folgt geändert:

*Art. 5 Abs. 2 (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «mündigen» durch «volljährigen» ersetzen.*

**Art. 24** c) Minderjährige Asylsuchende

Die Verordnung vom 11. November 2003 über die Bezeichnung des Organs für die Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (Vertrauensperson) (SGF114.23.13) wird wie folgt geändert:

*Erwägung, 2. Abs., 2. Satz (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «ihrer gesetzlichen Vertretung» durch «von ihrem gesetzlichen Vertreter» ersetzen.*

*Art. 2*

*Den Ausdruck «dem freiburgischen Roten Kreuz» durch «der ORS Service AG» ersetzen.*

**Art. 25** d) Justiz

Das Justizreglement vom 30. November 2010 (SGF 130.11) wird wie folgt geändert:

*Art. 18*

*Die Zahl «1000 Franken» durch «10 000 Franken» ersetzen.*

*Art. 19 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> *Die Zahl «50 000 Franken» durch «200 000 Franken» ersetzen.*

<sup>2</sup> *Die Zahl «100 000 Franken» durch «1 000 000 Franken» ersetzen.*

*Art. 20 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> *Die Zahl «50 000 Franken» durch «500 000 Franken» ersetzen.*

<sup>2</sup> *Bei besonderen Schwierigkeiten oder bei einem sehr hohen Streitwert kann der Höchstbetrag verdoppelt werden.*

*Art. 21*

*Aufgehoben*

**Art. 27 Abs. 1**

*Die Zahl «1000 Franken» durch «2000 Franken» ersetzen.*

**Art. 28 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 (neu)**

<sup>1</sup> *Die Zahl «2000 Franken» durch «7000 Franken» ersetzen.*

<sup>2</sup> Bei besonderen Schwierigkeiten oder bei einem hohen Streitwert kann der Höchstbetrag verdoppelt werden.

<sup>3</sup> Wird das Friedensgericht als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde tätig, so erhebt es eine Gebühr von 70 bis 5000 Franken.

**Art. 29 Abs. 2, Einleitungssatz, und Abs. 3 und 4 (neu)**

<sup>2</sup> Für die Prüfung und die Genehmigung der Abrechnung eines Vormunds oder Beistands wird unabhängig von der Zahl der Sitzungen im Verhältnis zum Vermögen eine Gebühr erhoben von:

...

<sup>3</sup> Beträgt das Reinvermögen der betroffenen Person weniger als 10 000 Franken und ist ihr Einkommen bescheiden, so wird für die Prüfung und Genehmigung der Beistandschaftsrechnung keine Gebühr erhoben.

<sup>4</sup> Für Entscheide der gerichtlichen Beurteilung nach Artikel 3 Abs. 2 KESG wird eine Gebühr von 30 bis 1000 Franken erhoben.

**Art. 30**      Gebührenfreiheit

Aus Gründen der Billigkeit oder unter besonderen Umständen kann die Friedensrichterin oder der Friedensrichter oder das Friedensgericht mit einem begründeten Entscheid auf eine Gebühr verzichten.

**4. Abschnitt (Art. 32)**

*Aufgehoben*

**Art. 42 Bst. a–e**

[Es werden folgende Gebühren erhoben für einen Straffall, der abgeurteilt wurde:]

- a) *die Zahl «30 000» durch «100 000» ersetzen*
- b) *die Zahl «10 000» durch «50 000» ersetzen*
- c) *die Zahl «1250» durch «1500» ersetzen*



- d) *die Zahl «5000» durch «10 000» ersetzen*  
 e) *die Zahl «1250» durch «1500» ersetzen*

**Art. 43**

*Die Zahl «7500 Franken» durch «10 000 Franken» ersetzen.*

**Art. 62 Abs. 2**

*Den Ausdruck «Vormundschaftssachen» durch «Kindes- und Erwachsenenschutzsachen» ersetzen.*

**Art. 64 Abs. 1 Bst. c**

*Den Ausdruck «eine Vormundschaftsbehörde» durch «die Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörde» ersetzen.*

**Art. 26** e) Entschädigung der Mitglieder der Gerichtsbehörden

Der Beschluss vom 5. Dezember 1977 betreffend die Festsetzung der Entschädigungen der Mitglieder der Gerichtsbehörden (SGF 130.61) wird wie folgt geändert:

**Art. 4 Abs. 1**

<sup>1</sup> Um sich an Sitzungen oder gesetzlichen Inspektionen der Friedensgerichte zu begeben, haben die nebenberuflichen Richterinnen und Richter Anspruch auf eine Reiseentschädigung je zurückgelegten Kilometer, die gemäss Artikel 126 Abs. 1 des Reglements vom 17. Dezember 2002 über das Staatspersonal berechnet wird.

**Art. 27** f) Ausführung des Gesetzes über die Gemeinden

Das Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden (SGF 140.11) wird wie folgt geändert:

**Art. 28 Bst. a-c**

[Ein enges Pflicht- oder Abhängigkeitsverhältnis liegt namentlich vor:]

- a) zwischen dem Beistand und der Person unter Beistandschaft;  
 b) *aufgehoben*  
 c) *aufgehoben*

**Art. 28** g) Verfahrenskosten und Entschädigungen  
in der Verwaltungsjustiz

Der Tarif vom 17. Dezember 1991 der Verfahrenskosten und Entschädigungen in der Verwaltungsjustiz (SGF 150.12) wird wie folgt geändert:

**Art. 1 Abs. 1 und 2**

<sup>1</sup> Die Zahl «20 000 Franken» durch «50 000 Franken» ersetzen.

<sup>2</sup> Die Zahl «40 000 Franken» durch «100 000 Franken» ersetzen.

**Art. 29** h) Eintreibung von Unterhaltsforderungen  
und Ausrichtung von Vorschüssen

Der Beschluss vom 14. Dezember 1993 über die Eintreibung von Unterhaltsforderungen und die Ausrichtung von Vorschüssen für den Unterhalt der Kinder, Ehegatten oder Ex-Ehegatten (SGF 212.0.22) wird wie folgt geändert:

**Art. 1 Abs. 1** (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «mündige» durch «volljährige» ersetzen.

**Art. 2 Abs. 1**

Den Ausdruck «Vormundschaftsbehörde» durch «Kindesschutzbehörde» ersetzen.

**Art. 30** i) Aufnahme von Pflegekindern

Der Beschluss vom 16. August 1989 über die Aufnahme von Pflegekindern (SGF 212.3.85) wird wie folgt geändert:

**Art. 4 Abs. 1** (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «Unmündigen « durch «Minderjährigen» ersetzen.

**Art. 31** j) Amt für Bewährungshilfe

Die Verordnung vom 6 Oktober 2008 über das Amt für Bewährungshilfe (SGF 340.42) wird wie folgt geändert:

**Art. 5 Abs. 1**

*Aufgehoben*

**Art. 32** k) Gefangene der Anstalten von Bellechasse

Das Reglement vom 9. Dezember 1998 über die Gefangenen der Anstalten von Bellechasse (SGF 341.1.12) wird wie folgt geändert:

**Art. 3 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Heim Tannenhof dient der Aufnahme von Personen, für die in Anwendung der Artikel 426–439 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs eine fürsorgerische Unterbringung angeordnet wurde, sofern diese Personen nicht die öffentliche Sicherheit und die Sicherheit des Vollzugspersonals und der Mitinsassen gefährden.

**Art. 37 Abs. 1**

*Den Ausdruck* «Vormundschaftsbehörde» *durch* «Erwachsenenschutzbehörde» *ersetzen.*

**Art. 55 Abs. 1. Bst. c**

*Den Ausdruck* «zum Vormund» *durch* «zum Beistand, zur vorsorgebeauftragten Person» *ersetzen.*

**Art. 59 Abs. 2**

*Den Ausdruck* «einem Vormund» *durch* «einem Beistand oder einer vorsorgebeauftragten Person» *ersetzen.*

**Art. 65 Abs. 3 Bst. c**

[<sup>3</sup> Folgende Personen dürfen die Insassen ohne vorgängiges Gesuch, jedoch nach vorgängiger Benachrichtigung der Direktion, besuchen:]

c) die Beistände oder vorsorgebeauftragten Personen;

**Art. 67 Abs. 3, 2. Satz**

*Den Ausdruck* «die Vormünder» *durch* «die Beistände oder vorsorgebeauftragten Personen» *ersetzen.*

**Art. 69 Abs. 4**

*Den Ausdruck* «gegen die eine fürsorgerische Freiheitsentziehung angeordnet wurde» *durch* «für die eine fürsorgerische Unterbringung angeordnet wurde» *ersetzen.*

**Art. 33** 1) Gefängnisse

Das Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006 (SGF 341.2.11) wird wie folgt geändert:

**Art. 36 Abs. 2**

*Den Ausdruck «die Amtsvormundinnen und Amtsvormünder» durch «die Beiständinnen und Beistände» ersetzen.*

**Art. 34** m) Gymnasialausbildung

Das Reglement vom 15. April 1998 über die Gymnasialausbildung (SGF 412.1.11) wird wie folgt geändert:

**Art. 6 Abs. 1 und 2** (betrifft nur den deutschen Text)

*Den Ausdruck «mündigen» durch «volljährigen» ersetzen.*

**Art. 35** n) Ausbildung an Fachmittelschulen

Das Reglement vom 10. Juni 2008 über die Ausbildung an Fachmittelschulen (SGF 412.4.21) wird wie folgt geändert:

**Art. 4 Abs. 2** (betrifft nur den deutschen Text)

*Den Ausdruck «mündigen» durch «volljährigen» ersetzen.*

**Art 36** o) Stipendien und Studiendarlehen

Das Reglement vom 8. Juli 2008 über die Stipendien und Studiendarlehen (SGF 44.11) wird wie folgt geändert:

**Art. 6 Abs. 1, 1. Satz**

*Den Ausdruck «Vormundschaftsbehörde» durch «Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde» ersetzen.*

**Art. 11 Abs. 1 und 2** (betrifft nur den deutschen Text)

<sup>1</sup> Das Gesuch muss von der Person in Ausbildung und, wenn diese minderjährig ist, unter umfassender Beistandschaft steht oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten wird, von ihrem gesetzlichen Vertreter unterschrieben werden.

<sup>2</sup> *Den Ausdruck «ihre gesetzliche Vertretung» durch «ihr gesetzlicher Vertreter» ersetzen.*

**Art. 12** (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «ihrer gesetzlichen Vertretung» durch «ihrem gesetzlichen Vertreter» ersetzen.

**Art. 31** (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «mündigen» durch «volljährigen» ersetzen.

**Art. 37** p) Gebühren der Kantonspolizei

Die Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei (SGF 551.61) wird wie folgt geändert:

**Art. 9 Bst. c**

Den Ausdruck «denen gegenüber eine fürsorgerische Freiheitsentziehung angeordnet wurde» durch «die fürsorgerisch untergebracht wurden» ersetzen.

**Art. 38** q) Freiwillige Aufseher im Naturschutzgebiet des Vanil-Noir

Das Reglement vom 10. Juli 1987 über die freiwilligen Aufseher im Naturschutzgebiet des Vanil-Noir (SGF 721.2.512) wird wie folgt geändert:

**Art. 1** (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «mündig» durch «volljährig» ersetzen.

**Art. 39** r) Ausführung der Bundesgesetzgebung über Betäubungsmittel

Der Ausführungsbeschluss vom 10. Oktober 1978 zur Bundesgesetzgebung über Betäubungsmittel (SGF 821.22.11) wird wie folgt geändert:

**Überschrift des II. Kapitels**

Den Ausdruck «Freiheitsentziehung» durch «Unterbringung» ersetzen.

**Art. 4** Fürsorgerische Unterbringung

Die fürsorgerische Unterbringung, die ambulante Behandlung und die Nachkontrolle von betäubungsmittelabhängigen Personen richten sich nach den Bestimmungen der Gesetzgebung über den Kindes- und Erwachsenenschutz.

**Art. 40** s) Beurteilung des Pflege- und Betreuungsbedarfs

Der Beschluss vom 4. Dezember 2001 über die Beurteilung des Pflege- und Betreuungsbedarfs (SGF 834.2.12) wird wie folgt geändert:

*Art. 6 Abs. 2, 1. Satz (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «ihrer oder seiner gesetzlichen Vertretung» durch «ihrem oder seinem gesetzlichen Vertreter» ersetzen.*

*Art. 7 Abs. 2, 1. Satz (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «ihrer oder seiner gesetzlichen Vertretung» durch «ihres oder seines gesetzlichen Vertreters» ersetzen.*

**Art. 41** t) Ausführung des Gesetzes über die Familienzulagen

Das Ausführungsreglement vom 18. Februar 1991 zum Gesetz vom 26. September 1990 über die Familienzulagen (SGF 836.11) wird wie folgt geändert:

*Art. 7 Abs. 2*

<sup>2</sup> Steht der Anspruchsberechtigte unter umfassender Beistandschaft oder wird er durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten, so werden die Zulagen dem Beistand oder der vorsorgebeauftragten Person oder einer von ihm oder ihr bezeichneten Person ausgerichtet, sofern der Auftrag auch die finanziellen Aspekte betrifft.

**Art. 42** u) Ausführung des Gesetzes  
über die AHV-Ergänzungsleistungen

Die Ausführungsverordnung vom 19. März 1971 zum Gesetz vom 16. November 1965 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, abgeändert durch das Gesetz vom 11. November 1970 (SGF 841.3.11), wird wie folgt geändert:

*Art. 1 Abs. 3*

*Den Ausdruck «entmündigte» durch «unter umfassender Beistandschaft stehende» ersetzen.*

**Art. 43** v) Verwendung des Fonds aus der Auflösung  
der Schülerunfallversicherung

Das Reglement vom 9. Januar 2007 über die Verwendung des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung (SGF 842.2.41) wird wie folgt geändert:

*Art. 8 Abs. 1 (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «von der gesetzlichen Vertretung» durch «vom gesetzlichen Vertreter» ersetzen.*

*Art. 9 Abs. 2 (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «Die gesetzliche Vertretung» durch «Der gesetzliche Vertreter» ersetzen.*

*Art. 12 (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «die gesetzliche Vertretung» durch «den gesetzlichen Vertreter» ersetzen.*

**Art. 44** w) Ausübung der Patentfischerei

Das Reglement vom 21. August 2012 über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2013, 2014 und 2015 (SGF 923.12) wird wie folgt geändert:

*Art. 2 Abs. 1, 4. Strich (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «der elterlichen Gewalt» durch «der elterlichen Sorge» ersetzen.*

**Art. 45** x) Kollekten

Der Beschluss vom 20. September 1946 betreffend die Kollekten (SGF 940.72) wird wie folgt geändert:

*Art. 10 Abs. 2 (betrifft nur den deutschen Text)*

*Den Ausdruck «mündigen» durch «volljährigen» ersetzen.*

**Art. 46** Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Der Präsident:  
G. GODEL

Die Kanzlerin:  
D. GAGNAUX